Klimaschutzprogramm der Bundesregierung - Öffentlichkeitsbeteiligung

Beitrag der evangelischen arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) und des Familienbunds der Katholiken

---

"Wie kann das Klimaschutzprogramm so ausgestaltet werden, dass es vulnerable Gruppen und insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen nicht überfordert, eine faire Verteilung der Kosten und Nutzen gewährleistet und eine hohe gesamtgesellschaftliche Akzeptanz findet?"

Die Bundesregierung muss spätestens zwölf Monate nach Beginn der Legislaturperiode ein Klimaschutzprogramm vorlegen (§ 9 Abs. 1 KSG). Die darin enthaltenen Maßnahmen sollen dazu beitragen, die nationalen Klimaziele bis 2030 und 2040 zu erreichen sowie europäische Klimaverpflichtungen zu erfüllen. Erstmals sollen im Klimaschutzprogramm auch soziale Aspekte berücksichtigt werden.

Der Familienbund der Katholiken und die evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) begrüßen ausdrücklich die geplante Verbindung von Klima- und Sozialpolitik im neuen Klimaschutzprogramm. Sie fordern, dabei die spezielle Situation von Familien bei der Betrachtung der Auswirkungen des Klimawandels sowie bei der Prüfung von Folgen klimapolitischer Maßnahmen gesondert in den Blick zu nehmen.

In Familien übernehmen Menschen füreinander Sorge und Verantwortung – meist über Generationen hinweg. Durch diese Sorgeverantwortung haben Familien nicht nur ein hohes Interesse an einer intakten Umwelt, Familien stehen auch vor besonderen Herausforderungen:

Familien sind durch Sorgebeziehungen zu vulnerablen Gruppen sowie durch ihre generationenübergreifende Struktur vom Klimawandel besonders betroffen. Die Belastungen durch den Klimawandel vergrößern den Aufwand für Sorgearbeit und erschweren sie: Ereignisse wie Unwetter oder Hitze gefährden die Gesundheit vulnerabler Personen (Kinder, Pflegebedürftige, Schwangere) ganz besonders, so dass die Aufgaben von Sorgeverantwortlichen zunehmen.

Familien sind durch die Sorgeverantwortung in ihren Ressourcen und ihrer Reaktionsfähigkeit auf den Klimawandel sowie auf Klimaschutzmaßnahmen eingeschränkt. Die klimagerechte Anpassung von Wohnraum, Energienutzung, Konsum oder Mobilität fordert Familien finanziell zusätzlich zu bestehenden Unterhaltspflichten – sofern sie überhaupt über ausreichende Mittel und Handlungsspielräume verfügen, und vergrößert den Aufgabenbereich wie den Zeitaufwand sorgeverantwortlicher Personen.

Gleichzeitig haben Familien in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße und den parallelen, altersübergreifenden Lebenslagen besondere Bedarfe in Bereichen wie Wohnraum, Mobilität oder auch Energie. Diese Herausforderungen führen zu einer erhöhten Schutzbedürftigkeit von Familien.

Die evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) und der Familienbund der Katholiken regen folgende Maßnahmen an:

Sozial gerechte Klimapolitik als unverzichtbare Ergänzung marktwirtschaftlicher Anreize: Die CO_2-Bepreisung auf nationaler wie auf europäischer Ebene braucht ergänzende Investitionen und kompensatorische Maßnahmen. Eine rein auf marktwirtschaftlichen Instrumenten basierende Klimapolitik kann zur Überlastung vieler Haushalte und zu erheblichen Akzeptanzproblemen führen.

Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur: Der Fokus klimapolitischer Maßnahmen muss darauf liegen, nachhaltiges Verhalten für alle zu ermöglichen und es in allen Lebensbereichen, besonders in den emissionsstarken Sektoren Verkehr und Gebäude, zur einfachsten und kostengünstigsten Alternative zu machen. Für Familien gehören dazu etwa der klimagerechte Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs mit preislich attraktiven Tickets für Familien sowie die nachhaltige Gestaltung bezahlbaren und familiengeeigneten Wohnraums einschließlich einer sozial gerechten Wärmwende. Nachhaltige Infrastruktur sollte als Teil der Daseinsvorsorge ergänzt werden durch eine klimafeste Lebensraumgestaltung (Grünflächen, Brunnen, Schattenspender etc.), die allen Generationen zugutekommen.

Finanzielle Entlastung und Förderung gezielt für niedrige Einkommen: Um die Lasten der Transformation fair zu verteilen, müssen Anreize, Kompensationen und Förderprogramme vorrangig Menschen erreichen, die Anpassungen nicht aus eigener Kraft schultern können.

Fördermaßnahmen auf Basis des Nettoäquivalenzeinkommens: Auf diese Weise wird die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen abgebildet, denn das gleiche Haushaltseinkommen ist für Alleinstehende anders zu bewerten als für eine vierköpfige Familie.

Familien als Zielgruppe und Akteure von Bildung für nachhaltige Entwicklung: Familien sind gesellschaftlich relevante, aktive Gestalterinnen der sozial-ökologischen Transformation. Sie sind primärer Bildungsort, an dem klimagerechtes Verhalten erlernt und weitergegeben wird. In dieser Rolle sollten sie gestärkt und durch geeignete Angebote unterstützt werden.

Berlin, 13. Januar 2026

Kontakt:

Konstanze Hartmann-Boudol
evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V.

Auguststraße 80
10117 Berlin
E-Mail: hartmann-boudol@eaf-bund.de

Ivonne Famula
Familienbund der Katholiken

Littenstraße 108
10179 Berlin
E-Mail: famula@familienbund.org

Die evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) ist der familienpolitische Dachverband in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). www.eaf-bund.de

Der Familienbund der Katholiken ist ein parteipolitisch unabhängiger, konfessioneller Familienverband. Er ist Ansprechpartner und Lobby für alle Familien und engagiert sich in der Vertretung von Familieninteressen in Kirche, Gesellschaft und Politik. www.familienbund.org